

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
In Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neftamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.
Verbreitung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Mosse, Haftenstein & Vogler, G. L. Daube,
Invalidentamb. Berlin Verh. Arndt, Max Gersmann,
Überfeld & Thienes, Greifswald G. Mees, Halle a. S.
J. W. Vard & Co. Hamburg Joh. Neuberger, A. Steiner,
Wilmann Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Gebr. Fischer. Kopenhagen Aug. S. Wolff & Co.

Zola vor Gericht.

Der erste Theil der Kriminal-Romödie in
Paris ist beendet, die Zeugenvernehmungen wurden
am Sonnabend beendet, die Militärpartei hat einen
großen Sieg, die Gerechtigkeit und das Ansehen
Frankreichs eine schmerzliche Niederlage erlitten.
Heute beginnen die Plaidoyers und am Mittwoch
wird der Zola-Prozess sein Ende erreichen, ohne
Zweifel mit der Berufung Zola's. Auch am
Sonnabend zeigte die Verhandlung, daß der
Vorliegende Alles aufbot, um zu beweisen, daß es
sein eifrigstes Bestreben war, Alles zu
unterdrücken, was von den Zeugen zu Gunsten
Zola's hätte ausgesagt werden können, und ein
guter Theil der Sitzung wurde mit
Remonstrationen zwischen ihm und der
Berufung Zola's erfüllt. Advokat Labori fragt
den Obersten Piquart, der wieder aufgerufen
wird, ob das Verdict von März oder April 1894
was Piquart erwidert, er erinnere sich nicht,
Piquart befragt sich hierauf darüber, daß ihm
in den Mittern vorgelesen werde, er lasse
keine Kinder in Deutschland erziehen, und
erklärt, er sei gar nicht verheiratet; wenn er aber
Kinder hätte, würde er sie sicher in
Deutschland erziehen lassen. Auf das
Ergebn Piquart's, General Gallifet, der ihn
kenne, möge gebeten werden, hier zu
erscheinen, um über seine — Piquart's —
Ehrenhaftigkeit und Loyalität auszusagen,
erwidert der Präsident, das sei unnöthig.
Labori: Natürlich, was hier einen Zeugen
der Verteidigung ehren kann, wird
abgethan. Präsident: Ich wiederhole, daß es
unnöthig ist. Labori: Ich überlasse es den
Geschworenen, die Sachlage auf die
beidseitige Weise zu beurtheilen. Labori fragt
nun: Hat Piquart nicht im Kriegsgericht
während der Zeugenvernehmung mehrere
Mal sich eingemischt? Antwort: Bitte
fragen Sie den General selbst. General Piquart,
der heute in Zivil ist, tritt an die
Schranke und sagt, in Uebereinstimmung
mit den gestrigen Worten des
Generalstaatsanwalts lehne er es von
diesem Augenblicke an ab, auf irgend
eine Frage zu antworten, die nicht auf
die Zola-Angelegenheit Bezug habe.
Piquart fügt hinzu: Ich habe bereits
gesagt, daß Alles in dieser Affaire
seltsam wäre; was aber noch seltsamer
ist (mit erhobener Stimme und zu
Piquart wendend), das ist — ich sage
es ihm ins Gesicht (Bewegung) — die
haltung eines Herrn, der noch die
Uniform der französischen Armee trägt
und hier vor die Gerichtsschranke tritt,
um drei Generale zu beschuldigen, eine
Fälschung begangen und von derselben
Gebrauch gemacht zu haben. (Donnerer
Beifall im Hintergrunde des Saales.)
Piquart erwidert: Ich habe gesagt,
daß ich, von Achtung für meine
Vorgesetzten erfüllt, hier vor Gericht
nicht sprechen werde, um die Wahrheit
zu sagen. Ich wiederhole aber in
Gegenwart meiner Vorgesetzten, daß es
mir nicht in den Sinn gekommen ist,
ihre Absichten oder ihren guten Glauben
zu verdächtigen. Ich sage, daß bei
der Affaire sehr hoch gestellte
Personen sich durch falsche Papiere
haben täuschen lassen. Labori: Ich
habe ebenfalls gesagt, daß die
Militärs guten Glaubens sind und
daß es das ist, was mich bewegt und
erschreckt. Der Präsident fällt
Labori ins Wort und sagt zu ihm:
„Sie plaidiren.“ Labori antwortet:
„Nein, Herr Präsident, aber ich muß
hier etwas präzisieren, was für mich
von größter Wichtigkeit ist. Man
sucht mich zu terrorisieren, indem
man mich, aber an meine Frau
Drohbriefe richtet, um mich einzuschüchtern.“
Präsident: Ich wiederhole, Sie
plaidiren, und werde Ihnen das
Wort entziehen.“ Labori: „Sie
ziehen Sie mir das Wort.“ Präsident:
„Ich entziehe es Ihnen.“ Labori:
„Dank, jedesmal, wenn Sie mir das
Wort entziehen, erweihen Sie mir
eine Ehre.“ General Piquart tritt an
die Schranke und bittet, noch einige
Worte sagen zu dürfen. Der
Präsident ertheilt seine Ermächtigung.
Piquart: „Ich wollte nur sagen,
daß die Worte, welche ich in der
Angelegenheit gesagt habe, nicht
von meinem Willen abgehoben
sind.“ Labori will nun ebenfalls
einige Worte sprechen, der
Präsident droht ihm aber, falls er
auf seiner Absicht bestehen, mit
einer Disziplinarstrafe. Labori kann
indessen Piquart noch fragen, zu
weicher Zeit die hydrantische
Drucke des 120 Millimeter-
Schüssels reglementmäßig
geworden sei. Piquart erwidert,
General Goussier sei ohne Zweifel
besser in der Lage, darauf zu
antworten. Goussier tritt vor
und sagt, er könne nicht
antworten, da er nicht mit dem
Artilleriedienst beauftragt sei.
Als Labori eine weitere Frage
stellen will, ertönt im
Hintergrunde des Saales
betäubender Widerspruch.
Labori: „Jawohl, protestiren
Sie nur; Sie freuen sich, daß das
Recht hier immer mehr
verlezt wird; ich frage mich —
zu Zola wendend — ob es nicht
besser wäre, die Sitzung
lieber zu verlassen, als uns, wie
es geschieht, neckelt zu lassen.“
Präsident: „Sprechen Sie
doch ernsthaft.“ Labori sagt,
außer sich, zum Präsidenten:
„Sie haben mich beleidigt, Herr
Präsident; ich erhebe den
Anspruch, hier nichts zu
sagen, was nicht äußerst
ernsthaft wäre.“ Der
Zwischenfall ist damit beendet.

Auf eine betreffende Frage
Labori erwidert Piquart, das
Schriftstück, von dem der
Bericht Labors gesprochen
haben würde, wenn es
ernstlich distinkt wäre,
viel eher hauptsächlich
auf einen Truppenoffizier,
denn auf einen
Generalstaatsanwalt
anzuwenden sein. Weitere
Fragen, die ihm noch
gestellt werden, lehnt
Piquart, unter Berufung
auf das Dienstgeheimnis,
zu beantworten ab. Die
Frage: „Hat General
Goussier Ihnen nicht
gesagt, Sie sollten sich
mit der Affaire
beschäftigen, denn in
den Akten sei
wirklich nichts
Großes?“ weigert
sich Piquart zu
beantworten. Frage:
„Haben Sie nicht
Goussier verhaften
lassen wollen?“
Antwort: „Das war
meine Privatansicht,
da es aber nicht
geschieht ist,
entpand es ohne
Zweifel nicht der
Ansicht der
Vorgesetzten.“
Hierauf werden
mehrere Zeugen
vernommen, die den
guten Glauben
Zola's bezeugen
sollen. Auch
händler Stock
sagt, es sei
offensiv, und
fügt hinzu, daß
der Indiskretion
eines Mitglieds
des Kriegsgerichts
habe er erfahren,
daß mehrere
geheime
Schriftstücke
in Abwesenheit
des Angeklagten
und seines
Verteidigers
mitgetheilt
worden seien.
Präsident: „Das
geht uns nichts
an. Sie können
sich legen.“
Es wird hierauf
der Zeuge
Balance vernommen.
Derselbe sagt
aus, er habe die
Familien
Sandherr und
Dreyfus gekannt.
Oberst
Sandherr sei
ein braver,
loyaler Soldat
gewesen,

habe aber Intoleranz gegenüber der
Familie Dreyfus vom Vater geerbt.
Präsident: „Sprechen Sie nicht
davon, sprechen Sie nur von der
Zola-Angelegenheit.“ Balance:
„Ich sage, nach meiner Meinung
hat Zola recht daran, seine
Stimme zu erheben, denn in diesem
Land der Gerechtigkeit kann man
sein Recht nicht unter den
Schiffel stellen.“ Präsident:
„Wissen Sie nichts weiter?“
Antwort: „Nein.“ Labori:
„Der Zeuge weiß noch Vieles, was
man ihn aber nicht sagen lassen
will.“ Labori verliest hierauf ein
Schreiben Seailles', Professors der
Philosophie an der Sorbonne, zu
Gunsten Zola's. Duclaux, Professor
an der Fakultät für Mathematik
und Naturwissenschaften, sagt, er
habe den bekannten Protest mit
unterzeichnet, weil er es für
nützlich gehalten, daß eine Gruppe
von Männern dem Publikum sage,
daß die Unklarheit des zweiten
Prozesses die Unklarheit des ersten
Prozesses nicht beseitigt habe und
daß man nicht in die Sache
bringen müsse. Anatole France
von der Akademie française sagt,
er wolle Zeugnis ablegen für die
bona fides und die Aufrichtigkeit
Zola's, der müthig im Interesse
der Gerechtigkeit und Wahrheit
gehandelt habe. Nach kurzer
Unterbrechung der Verhandlung
wird als Beschluß des Gerichtshofes
verkündet, daß General Willot,
der von dem Ministerrath nicht
zur Zeugenansage ermächtigt
worden sei, nicht vernommen
werden, ferner auch nicht der
Agent Sauffrain, dessen Wohnung
nicht bekannt sei. Der
„Manen-Brief“ werde nicht zur
Verhandlung kommen. Die
Verteidiger erklären, daß sie auf
die Vernehmung der zwei oder
drei noch vorgeladenen Zeugen
verzichten. Der Präsident
schließt hierauf die Sitzung.

Die „Norddeutsche Allg. Zeitung“
schildert den Eindruck, den die
Vorgänge im Gerichtshof in
Berlin gemacht, ganz treffend
mit den Worten: „In den
Verhandlungen des Pariser
Schwurgerichts über — es
erhebt sich nicht ganz deutlich,
über was — schwand nach und
nach der letzte Schimmer eines
juristischen Verfahrens. Der
Gerichtssaal wird zum
Zummelplatz der wildsten
politischen Leidenschaft.“
Das gouvernementale Blatt
fügt hinzu, bei uns werde
Recht gesprochen im Namen
des Königs. Wir Deutsche
fürchten Gott und ehren
den König, — dann mag
kommen, was da will!“
Diese Bemerkung hat ihre
Bedeutung. In offizierlicher
Form giebt die „Norddeutsche
Allg. Zeitung“ noch folgende
Erklärung ab: Ein
früherer französischer
Abgeordneter, Herr Millavoire,
hat vor einigen Tagen in
einer in Surcoube bei Paris
abgehaltenen Versammlung
die Behauptung aufgestellt,
es existire ein Schreiben
Er. Majestät des Kaisers,
das sich auf den
ehemaligen Hauptmann
Dreyfus bezöge. Wir
brauchen kaum
hervorzuheben, daß diese
Angabe jeglicher
Begründung entbehrt.

Die „Straßburger Post“
bezeichnet die in letzter
Zeit in ungarischen,
englischen und auch
deutschen Blättern
gemachten Berichte,
Dreyfus als russischen
Spion hinstellen, als
wohlgemeinte
Versuche, das
Mittel zu lösen, und
tugt hinzu: „Sie sind
erst angeht worden,
nachdem die
deutschen
Erklärungen
vortragen, wonach
Dreyfus mit
Deutschland niemals
etwas zu thun
gehabt habe. Wir
sind in der Lage,
die positive
Berichtigung zu
geben, daß Dreyfus
als deutscher
Spion verurteilt
worden ist. Er ist
dieserhalb
angeklagt und
auch verurteilt
worden. Wir
glauben, daß
angefichts dieser
Thatsache das
Märchen von
der russischen
Espionage
inhabitar
sein wird.“

Paris, 20. Februar. Nachmittags
empfangt Zola eine
Abordnung von
Journalisten, welche
eine Sache
verhandeln. Er
erklärt, er
erwarte keine
Berührung mit
der größten
Seelenruhe. Die
Geschworenen
mühten wahre
Wörter zu
sagen, wenn sie
den
Einschüchterungen
der Presse und
den Drohungen
des Generalstaatsanwalts
ten Gehör
schenken wollten.
Zola wies
darauf hin,
daß „Intransigant“
und „Libre Parole“
tagtäglich
die Namen
und Adressen
der
Geschworenen
veröffentlichen,
um sie im
Fall des
Preispruchs
der
Verurteilung
auszusetzen.
Zola hatte
längst den
Gerichtssaal
verlassen,
wenn Labori
nicht im
Plaidoyer
neue wichtige
Entscheidungen
machen
wollte. Sollte
der Präsident
auch diese
hindern,
so werden
Zola, Labori
und
Goussier unter
bestimmtem
Protest den
Saal verlassen.

Aus dem Reich.

In Ehren des Prinzregenten von
Braunschweig fand im
Festsaal des
Münchener
Sonnabend die
Brunktafel statt,
woran sämtliche
zur Zeit hier
anwesenden
Züricher
Leitenden und
die Minister
theilnahmen.
Prinzregent
Luitpold brachte
den Trinkspruch
auf den
Prinzregenten
Albrecht aus,
der mit einem
Hoch auf
das
Haus Wittelsbach
erwiderte.
Kurz nach
neun Uhr
Abends
schickte
Prinzregent
Albrecht
die
Reise nach
San Remo
fort. —
Aus
Anlaß
seines 70.
Geburtstages
ließen am
Sonnabend
dem
Bischofspräsidenten
des
preussischen
Staatsministeriums
Finanzminister
Dr. v.
Miquel
in den
ersten
Vormittagstunden
von
allen
Seiten
Glückwünsche
ein,
namentlich
aus
politischen
und
parlamentarischen
Kreisen.
Der
Kaiser
gratulierte
dem
Jubilare
in
einem
huldvollen
Schreiben.
Der
Zentralvorstand
der
nationalliberalen
Partei
und
die
Vorstände
der
nationalliberalen
Fraktionen
des
Reichstages
und
des
Abgeordnetenhauses
verden
vom
Finanzminister
von
Miquel
heute
Vormittag
11
Uhr
empfangen
werden,
um
ihm
die
Glückwünsche
zu
seinem
70.
Geburtstage
darzubringen. —
Der
Historienmaler
und
Professor
an
der
Akademie
der
bildenden
Künste
in
München
Alexander
von
Viezenmayer
ist
gestorben. —
Generaldirektor
F.
Lübe
von
der
Altkriegs-
geschichtlichen
Kommission
in
Berlin
ist
zum
Kommerzienrath
ernannt
worden. —
Die
Berliner
Gemeindeeinkommensteuer
1898-99
soll
mit
100
Prozent
der
Staatseinkommensteuer
und
150
Prozent
der
veranlagten
Realsteuer
erhoben
werden. —
Auf
der
Rudelsburg
sollen,
sobald
es
die
Witterung
erlaubt,
bauliche
Erweiterungen
vorgenommen
werden. Die
alte
Burg
wird
ein
ganz
in
altdenisches
Eis
ausgeführtes
neues
Stockwerk
mit
Zimmern
zur
Aufnahme
von
Logisgästen
erhalten.
Der
Bau
muß
bis
Mitte
Mai
beendet
sein. —
Die

städtischen Kollegien zu Minden (Westfalen)
einstimmig beschloffen haben, von dem
Garantiebetrage, den die Provinz Westfalen für
den Mittelkanal leisten soll, die Hälfte als
freiwillige Vorausleistung zu übernehmen. —
Dem Redakteur Thomassenski wurde in
Bromberg unter Strafandrohung aufgegeben,
die von ihm begündeten politischen
Privatschulzettel zu schließen.

Deutschland.

Berlin, 21. Februar. Der Kaiser hat
bestimmt, daß diejenigen Generale der
Infanterie, Kavallerie und Artillerie zur
Disposition, welche in der Rangliste als
Chef, à la suite von Truppenteilen u. s. w.
und à la suite der Armee, sowie als
Generals-Adjutanten und Generale à la
suite des Kaisers geführt werden, in
Ausdehnung der Rangliste vom 12.
Februar 1883 nicht nur überall als
aktive Generale zu rangiren haben, sondern
auch bei militärischen festlichen
Veranstaltungen, Doffekten und
vergleichen den aktiven Generalen
völlig gleich zu behandeln sind.
Auch will der Kaiser, daß den
genannten Generalen in Garnisonen
Verdigung mit den ihnen
angehörigen militärischen Ehrenbezeichnungen,
soweit dies nach der
Stärke der Garnison möglich ist,
zuzusehen solle. Eine
Veranziehung von Truppen aus
nahel gelegenen Garnisonen zu
diesem Zweck hat indeß nicht
stattgefunden, falls dies der
Kaiser nicht im einzelnen
Falle ausdrücklich befehlet.

Der „Nat.-Ztg.“ zufolge wird der
Kaiser bereits am 25. d. M. in
Wieliczka einreisen und die
Rekruten des
Gefchwaders
bestimmen.

Die kaiserlichen Prinzen werden
sich am 27. Februar, dem
Bermählungstage des
Kaiserspaars, von
Plohn nach
Berlin begeben.

Die Einrichtung der Verwaltung für
das
Kraischgebiet ist
nunmehr
erfolgt. Kapitän
Hofendahl ist dem
„R.-A.“ zufolge
zum
Gouverneur
des
Gebiets
ernannt
worden.

Der
Vorsenatschritt
tritt
morgen
Dienstag
im
Reichsamt
des
Innern
zusammen,
um
seinen
Vorsitzenden
zu
wählen,
eine
Geschäfts-
ordnung
zu
berathen
und
Beschlüsse
allgemeiner
Natur
zu
fassen.

Aus
Rom
wird
telegraphirt:
Der
„Popolo Romano“
bemerkt
bezüglich
der
Antwort
des
Staatssekretärs
des
Auszerns,
Staatsministers
von
Bilium,
an
den
evangelischen
Bund,
daß
dieser
genau
den
Thatsachen
entspreche,
und
daß
die
Ansicht
des
Ministers
mit
derjenigen
der
heiligen
politischen
Kreise
und
derjenigen
der
Italiener
übereinstimme.

Wir
haben
im
Vertrauen
auf
den
bewährten
politischen
Verstand
der
Italiener
keinen
Augenblick
bezweifelt,
daß
sie
den
römischen
Zwischenfall
in
nationaler
Beziehung
für
so
bedeutungslos
ansehen
würden,
wie
es
in
Deutschland
geschieht.
Er
hat
in
Deutschland
nur
unter
Gesichtspunkten
unserer
inneren
Politik,
hinsichtlich
der
Stellung
des
Klerikalismus
in
unserem
Staatsleben,
Aufmerksamkeit
erregt.

Den
Impfzwang
über
das
Grab
hinaus
schiebt
die
Gemeinde
Nieder-Wiltegersdorf
eingeführt
zu
haben.
Der
„Wilttegersd. Grenzbl.“
berichtet,
daß
ein
Arbeiter
im
Oktober
vorigen
Jahres
von
Donnerstag
nach
Nieder-Wiltegersdorf
zog,
wo
ihm
sein
drei
Monate
altes
Kind
starb.
Das
Absterben
des
Kindes
wurde
vorher
schon
mehrmals
stillschweigend
gemeldet.
Das
Kind
war
noch
nicht
in
pflichtig.
Im
Januar
dieses
Jahres
erließ
die
Gemeinde
folgende
Bekanntmachung:
„Bis
zum
30.
Januar
er.
müssen
alle
auswärts
geborenen
und
hier
zugezogenen
Kinder,
welche
nicht
oder
bisher
ohne
Erfolg
geimpft
worden
sind,
bevor
Eingetragung
in
die
Impfliste
im
heftigen
Gemeindebüreau
angemeldet
werden.“
Der
Arbeiter
hatte
kein
impfliches
Kind,
denn
das
im
vorigen
Jahre
geborene
war
ihm
gestorben.
Er
bezog
also
diese
Bekanntmachung
nicht
auf
sich,
trotzdem
bekam
er
dieser
Tage
einen
Strafbescheid
von
1
Mark.
Auf
seinen
dagegen
erhobenen
Widerspruch,
worin
er
die
Angelegenheit
klarlegte,
hat,
gung
ihm
vom
Amtsvorsteher
folgender
Bescheid
zu:
„...
mit
dem
Erwunden
zurück,
daß
es
ganz
gleichgültig
ist,
ob
das
Kind
verstorben
ist
oder
lebt;
dasselbe
müßte
zur
Impfpflicht
angemeldet
werden.
In
übrigen
kann
ich
Ihnen
nur
anheimstellen,
richtiger
Entscheidung
zu
beantworten.“

Mit
welchen
Mitteln
die
Volksstimmung
in
Paris
gegen
Deutschland
bearbeitet
wird,
läßt
ein
der
„Wilttegersd.“
von
ihrem
dortigen
Verichterstatter
überliefert
Artikel
erkennen,
der
im
„Sour“
und
im
„Intransigant“
unter
der
Ueberschrift
„Die
deutsche
Verdörmung“
veröffentlicht
worden
ist;
er
lautet:
„Unser
Berliner
Verichterstatter
(anders
thun
es
die
beiden
trefflichen
Wälder
nicht)
sendet
uns
bemerkenswerthe
Eingehende
über
die
unter
dem
Deckmantel
der
Dreyfus-Angelegenheit
geheime
unter
Land
angezielte
Verdörmung.
Wilhelm
hält
alle
Fäden
der
Verdörmung
in
der
Hand.
Er
hat
vor,
den
Streich
mit
der
berühmten
Depesche
von
Ems
zu
wiederholen,
der
Bismarck
1870
so
wohl
geungen
ist.
Seine
Agenten
sind
in
Paris,
Wien,
London
und
Rom
thätig.
Durch
einen
ehemaligen
preussischen
Offizier,
der
häufig
nach
Frankreich
kommt,
wo
seine
diplomatische
Stellung
ihm
die
Straflosigkeit
sichert,
ist
Deutschlands
Theilnahme
an
der
Inselsetzung
der
Dreyfus-Sache
gleichzeitig
in
Brüssel
und
Paris
in
die
Wege
geleitet
worden.
Als
alles
vorbereitet
war
und
mande
Mime
nur
noch
zu
entzünden
hätte,
kehrte
Schwarzkoppen,
der
an
dem
Anspruch
mitgearbeitet
hatte,
nach
Deutschland
zurück.
Minister,
der
die
Vorbereitungen
geleitet
hatte,
verließ
gleichfalls
Paris.
Wilhelm
II.
äußerte
sich
neulich
folgendermaßen
einem
seiner
Vertrauten
gegenüber:
„Die
Dreyfus-Sache
steht
als
Erfindung
hoch
über
der
Geschichte
mit
der
Hohenzollernkandidatur
im
Jahre
1870;
es
ist
ein
zweifelndes
Geschick,
daß
Frankreich
unter
allen
Umständen
treffen
wird.
Entweder
erleidet
das
Land
das
Wiederankommen-Verfahren
und
dann
ist
es
die
hinlängliche
Schmach
für
das
französische
Volk;
oder
das
Land
empört
sich,
und
dann
ist
es
die
Zerklüftung,
die
Aufregung;
wenn
man,
um
dieser
Ein
Ende
zu
machen,
das
geheimen
Gerichtsverfahren
preisgibt,
so
ist
der
Krieg
mit
allen
Wahrscheinlichkeiten
zu
unsern
Gunsten
und
der
öffentlichen
Meinung
Europas
wie
1870
gegen
unsere
Gegner.“
Die
deutschen
Offiziere
thun
sich
keinen
Zwang
an,
sondern
trinken
in
ihren
Kasinos
und
ihren
Bierhäusern
auf
Zola's
Wohl.
Die
„Éclair“
hat
einem

Miesenerfolg in Deutschland. Die
Presse der Dreiländer hat so gearbeitet,
daß sie überall die Geister in der
Frankreich feindlichsten Weise
erregt hat. Die Spiegelfechter des
Feindes in Paris sind Berräther.
Lebrigens sind es deutsche
Agenten der Pariser Börse, die zum
Theil den Dreyfus-Feldzug leiten.
Worin wartet die Regierung,
um zu handeln? Wahrscheinlich,
daß das deutsche Meer in die
Champagne eingefallen ist.“

Zur
Tarifiermäßigung
für
Schiffbauhoff
wird
der
„N.-Ztg.“
folgendes
mitgetheilt:
Ein
verhängnisvoller
Irrthum
scheint
bei
der
jüngst
seitens
des
Ministers
der
öffentlichen
Arbeiten
genehmigten
Tariffreibelegung
für
Schiffbauhoff
unterge-
lassen
zu
sein,
indem
mit
der
Erhöhung
der
Frachten
für
Eisenartikel
des
Spezialtarifs
II,
welche
zum
Bau
von
Seeschiffen
verwandt
werden,
gleichzeitig
die
Frachten
für
Eisenartikel
des
Spezialtarifs
I
zum
Bau
von
Seeschiffen
dienend
erhöht
worden
sind,
daß
diese
nun
gegenüber
den
gleichen
Artikeln,
welche
für
irgend
einen
anderen
Zweck
Verwendung
finden,
überhaupt
keine
Frachterhöhung
mehr
haben.
Damit
werden
in
erster
Linie
z.
B.
Schiffen
getroffen,
für
die
seitens
der
deutschen
Werke
die
Kundschaft
bei
den
Werften
mühsam
erlämpft
worden
ist
und
die
nun
wieder
eingebüßt
werden
würde,
wenn
es
bei
jener
Frachterhöhung
verbliebe.
Grade
in
Schiffen
ist
der
Preisvorsprung
der
Engländer,
deren
Material
doch
durch
die
Maßregel
einer
Tariffreibelegung
für
Schiffbauhoff
grade
vom
deutschen
Markte
verdrängt
werden
soll,
ein
ganz
bedeutender.
Dazu
kommt,
daß
die
Frachterhöhung
schon
am
15.
März
d.
J.
in
Kraft
treten
soll,
sobald
alle
Werke,
welche
Abfälle
auf
Grundlage
der
bisherigen
Fracht
gemacht
haben,
die
etwa
nach
einem
halben
Jahre
abgewickelt
sein
werden,
bessere
Frachterlässe
zu
tragen
haben
werden,
wenn
es
bei
der
getroffenen
Anordnung
sein
Bewenden
behält.
Es
erscheint
daher
dringend
erforderlich,
daß
Mieten
zum
Bau
von
Seeschiffen
bzw.
die
zum
Seeschiffbau
dienenden
Eisenartikel
des
Spezialtarifs
I
auch
ferner
mit
den
für
den
gleichen
Zweck
Verwendung
findenden
Artikeln
des
Spezialtarifs
II
in
der
Fracht
gleichgestellt
werden,
und
zwar
mit
dieser
Anordnung
im
Interesse
eines
geregelten
Geschäfts
so
bald
wie
möglich
erfolgen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Februar. Nach einer
vorübergehenden
Besserung
im
Befinden
der
Prinzessin
Clementine
von
Stoburg
hat
sich
der
Zustand
Abends
derartig
verschlimmert,
daß
die
Patientin
Nachts
mit
den
Sterbehelfen
versehen
wurde.

Peft, 20. Februar. Der
Minister des Innern
richtete an alle
Behörden einen
Erlaß, in welchem
er sie auffordert,
alle sozialistischen
Anführer, die
sich an Orten
aufhalten, in
denen sie nicht
zuständig sind,
an die Grenze
oder in ihre
Zuständigkeitskreise
abzuführen.
Hier und
in Neuhäuser
wurde bereits
ein Agitator
ausgewiesen;
weitere fünf
Ausweisungen
von Sozialisten
führern aus
Peft sollen
heute erfolgen.
Auch aus dem
Befeser Komitat
werden Unruhen
gemeldet.

Frankreich.

Paris, 20. Februar. Bei der
heutigen
Versammlung
im
Saale
Chapne
setzte
Millebois
auseinander,
der
Antimilitarismus
sei
nicht
eine
religiöse
Frage,
sondern
eine
nationale
Frage;
es
handele
sich
darum,
Frankreich
gegen
den
Kosmopolitismus
zu
verteidigen,
welcher
eine
answärtige
Invasion
herbeiführen
würde.
Mag
Reis
griff
Jodann
in
seinem
Vortrage
heftig
die
algerischen
Juden an,
deren
Druck
die
gegenwärtige
Lage
in
Algerien
verursacht
habe.
Nach
einer
weiteren
Rede
Thiebauds
nahm
die
Versammlung
eine
Tagesordnung
an,
in
welcher
die
Gemeinlichkeit
des
Antimilitarismus
in
Frankreich
und
Algerien
bekräftigt
wird,
um
das
Land
dem
Joche
des
Geldes
zu
entziehen
und
Frankreich
gegen
die
Umtriebe
des
jüdisch-kosmopolitischen
Schwindlaks
zu
schützen.
Mit
den
Rufen
„es
lebe
das
französische
Vaterland“,
„es
lebe
Frankreich
und
Algerien“,
„nie
mit
den
Juden“
ging
die
Versammlung
ruhig
auseinander,
um
sich
nach
der
Place
Nouge
zur
Begrüßung
Rocheforts
zu
begeben.

„Intransigant“,
das
Organ
Rocheforts,
veröffentlicht
ein
Manifest
des
revolutionären
sozialistischen
Zentralausschusses,
wonach
dieser
erklärt,
daß
er
in
der
Dreyfus-Angelegenheit
nicht
mit
Innes
zusammenghe.

Rochefort
wird
heute
Nachmittag
seine
fünf-
tägige
Gefängnisstrafe
antreten.
Seine
Freunde
beabsichtigen,
bei
dieser
Gelegenheit
eine
Kundgebung
zu
veranstalten.

Italien.

Palermo, 20. Februar. In
Troina
verlangten
300
Personen,
die
zum
Theil
bewaffnet
waren,
vom
Bürgermeister
Brod.
Der
Polizei
 gelang
es
nicht,
die
Demonstranten
auseinander
zu
treiben,
so
daß
Militär
mit
scharf
geladenen
Gewehren
einschritt.
Zwei
Bauern
wurden
erschossen,
ein
Leutnant
und
vier
Soldaten
verwundet.

England.

London, 19. Februar. Sämtliche
Abendblätter
bringen
Leitartikel
über
die
westafrikanische
Krisis,
die
den
Umfang
der
von
Chamberlain
im
Unterhause
verlesenen
antiken
Drachtungen
aus
Lagos
noch
wesentlich
verschärfen.
Der
„Manchester
Guard“
erklärt,
daß
das
Kabinett
sei
entschlossen,
Frankreich
keine
weiteren
Zugeständnisse
in
Westafrika
zu
machen.
Eine
friedliche
Lösung
kann
nur
erzielt
werden
durch
ein
freiwilliges
Einziehen
der
französischen
Regierung,
daß
ihre
bisher
verfolgte
Politik
nicht
länger
fortgesetzt
werden
könne.
Die
„St. James Gazette“
bestätigt
dies
mit
dem
Bemerken,
daß
Kabinett
unterstützt
einstimmig
Salisbury.
Chamberlain
geizt
durch
die
Entsendung
von
Truppen
und
Kriegsmaterial
nach
Westafrika,
daß
er
die
Lage
erst
assesse.
„Ball
Mall Gazette“
meint,
britischerseits
sei
jede
Neigung
vorhanden,
einen
Krieg
zu
vermeiden
und
mit
einem
egrenvollen
Vergleich
für
lich
zu
nehmen;
aber
es
müsse
ein
billiger
Vergleich
sein,
nicht
ein
durch
Vertragsverletzungen
verhüllter,
mit
dem
Aufgeben
britischer
Interessen
verbundener.
In
diesem
Sinne
äußern
sich
auch
andere
Blätter.
„Westminster Gaz.“
zweifelt,
daß
Frankreich
es
auf
einen
Krieg
mit
England
ankommen
lassen
werde
oder
könne.
Soweit
die
Präzise.
Die
öffentliche
Stimmung
ist
allem
Anscheine
nach
sehr
kriegerisch;

ein
entschlossener
Schritt
der
Regierung
würde
die
Unterstützung
der
ganzen
Nation
finden,
daß
das
Publikum
endlich
anfängt,
einzusehen,
daß
die
französischen
Angliederungen
in
den
Inter-
ländern
des
britischen
Gebietes
der
westafrikanischen
Ausbreitung
des
britischen
Handels
einen
Niegel
vorkieben.

London, 20. Februar. Das
„Neuer'sche
Bureau“
meldet
aus
Nassa,
zwei
französische
Expeditionen
rückten
gegen
Sofoto
vor,
6
Offiziere
und
200
Mann
seien
bereits
in
Agung
und
Jaga
auf
dem
halben
Wege
zwischen
dem
Niger
und
der
Stadt
Soloto
eingetroffen.
Der
Sultan
habe
an
die
Franzosen
Befehle
gesandt,
die
zwei
Meilen
von
der
Hauptstadt
anzuhalten.
Der
Generalagent
der
Niger-Kompagnie,
Wallace,
halte
die
Streikräfte
der
Kompagnie
mit
Munition
und
Proviand
bereit,
um
dem
Sultan
beizustehen
bei
der
Forderung
der
Räumung
des
englischen
Gebietes
durch
die
Franzosen.
Derselbe
warte
jedoch
noch
Instruktionen
ab.

Von
unrichtiger
Seite
wird
behauptet,
daß
Chamberlain
keine
Mittheilungen
im
Unterhause
ohne
Zustimmung
Lord
Salisbury's
mache.
Die
Beziehungen
zwischen
den
beiden
Staatsmännern
sollen
derart
gepannt
sein,
daß
baldisig
ein
offener
Bruch
erwartet
wird.
Chamberlain
wird
von
mächtigen
Liverpooler
Interessenten-
gruppen
Westafrikas
unterstützt.

Türkei.

Konstantinopel, 20. Februar.
Der
deutsche
Botschafter
Freiherr
von
Marshall
in
Begleitung
des
ersten
Dragomans
Tessa
sowie
der
bisherige
deutsche
General-Konsul
in
Sofia,
der
jetzt
zum
Gefandten
in
Guatemala
ernannte
Dr.
von
Voigts-Rheke,
wohnten
gestern
Abend
dem
Fest
im
Hildis-Kiosk
bei
und
wurden
darauf
vom
Sultan
in
besonderer
Audienz
empfangen.
Bei
dieser
Gelegenheit
verlieh
der
Sultan
an
Mitglieder
der
deutschen
Botschaft
folgende
Ordensauszeichnungen:
An
den
Botschafter
Frrn.
von
Marshall
die
Brillanten
des
Osmanieh-Ordens,
an
den
ersten
Sekretär,
Legationsrath
von
Schlözer,
und
an
den
ersten
Dragoman
Tessa
die
goldene
Vikar-Medaille,
an
den
zweiten
Sekretär
von
Below-Saleske
die
silberne
Vikar-Medaille.
Der
bisherige
deutsche
General-Konsul
in
Sofia,
Dr.
von
Voigts-Rheke,
erhielt
den
Großorden
des
Medjidieh-Ordens.
Der
Lezttere,
sowie
von
Below-Saleske
wurden
nach
der
Audienz
dem
Sultan
vorgestellt.
Levfi
Pascha
und
Munir
Pascha
wohnten
der
Audienz,
welche
Frr.
von
Marshall
beim
Sultan
hatte,
bei.
Der
neue
Rath
im
Finanzministerium,
Rassau,
erhielt
den
Grad
eines
Bala.

Arbeiterbewegung.

Mailand, 20. Februar. Die
Ferdinandsbahn
hat
den
Betrieb
eingestellt,
weil
das
Personal
infolge
von
Meinungsverschiedenheiten
über
die
Regelung
der
Arbeitsverhältnisse
und
der
Beförderungen
in
den
Ausland
getreten
ist.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. Februar. Ein
Sohn
unserer
Provinz,
der
Geh.
Regierungs-
und
Schulrath
a. D. Dr.
Karl
Scheibert,
ist
am
19.
d.
Mts.
zu
Jannowitz
im
Kreise
Schönau
a. K.,
95
Jahre
alt,
gestorben.
Am
4.
Oktober
1803
in
Schellin
bei
Stargard
i.
Pomm.
geboren,
studirte
er
in
Greifswald
und
Halle;
im
Jahre
1840
wurde
er
Direktor
der
Friedrich-Wilhelms-Schule
in
Stettin.
Seit
Mitte
der
fünfziger
Jahre
wirkte
er
dann
als
Provinzial-Schulrath
in
Breslau,
bis
er
nach
vollendetem
70.
Lebensjahre
zurückzog,
wo
er
noch
eine
Anzahl
pädagogischer
Schriften
verfaßt
hat.

Es
sei
auch
an
dieser
Stelle
darauf
aufmerksam
gemacht,
daß
Ältern,
deren
Kinder
das
sechste
Lebensjahr
vollendet
und
noch
keine
Schule
besuchen,
diese
für
das
am
1.
April
beginnende
Schuljahr
in
der
Zeit
vom
1.
bis
15.
März
in
den
nächstbelegenen
Schul-
lokal
anmelden
müssen.

In
Wahlkreise
Ustedom-Wolsin
werden
bei
den
bevorstehenden
Wahlen
konservative
Bund
der
Landwirthe
und
deutsch-
sozialistische
Reformpartei
gemeinsam
für
den
Kandidaten
der
letzteren,
Dr.
Schröder-Poggelow,
eintreten.

Die
Prämie
der
schlesischen
Musikfesthallen-Lotterie,
ein
Brillanten-
schmuck
im
Werthe
von
150
000
Mark,
ist
zur
Hälfte
nach
Nebel
bei
Veldard
(Pomm.)
gefallen.
Der
glückliche
Gewinner
ist
der
dortige

